

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

25.4.1928 (No. 97)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abzahl., der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Konkursverfahren fällt der Abzahl. fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Bau des Nikaraguakanals

Aus Washington wird berichtet:
Senator McKellar von Tennessee hat dem Kongress der Vereinigten Staaten einen Vorschlag unterbreitet, nach dem der Bau eines Kanals durch Nikaragua noch in diesem Jahre beschlossen werden soll. Die Kosten dafür werden mit 200 Millionen Dollars veranschlagt. Das wäre wesentlich weniger, als für den Panamakanal aufgewendet werden mußte, da dessen Bau auf 375 Millionen Dollars gekommen ist. Andere Schätzungen für das Nikaragua-Projekt lauten jedoch weit höher, sie gehen sogar bis zu 1 Milliarde Dollars. Für die Ausführung der Kosten wird die Ausgabe von Obligationen vorgeschlagen, die in 30 Jahren zu tilgen und mit 3 Proz. zu verzinsen wären.

McKellar ist ein Gegner der amerikanischen Intervention in Nikaragua, er ist aber der Ansicht, daß gerade der Bau des Kanals geeignet sein würde, das Volk von der Politik und von Unruhen abzulernen, die Arbeiter statt zu den revolutionären Forderungen zu regelmäßigen Verdiensten beim Kanalbau hinzuleiten und damit die Stimmung gegenüber den Vereinigten Staaten zu bessern. Außerdem würden die Finanzen Nikaraguas durch die amerikanischen Zahlungen für die Kanalrechte günstig beeinflusst werden.

Selbstverständlich spielen für Amerika strategische Erwägungen bei dem Plane eine hervorragende Rolle. Senator Felt, ein Freund Coolidges, gab der Ansicht Ausdruck, es sei die Möglichkeit vorhanden, daß eine andere Nation den Bau eines solchen Kanals ins Auge fassen könnte, weshalb es sowohl aus wirtschaftlichen, als auch aus strategischen Gründen besser sei, wenn Amerika solchen Bestrebungen zuvorzukommen.

Ein mit Nikaragua im Jahre 1916 getroffenes Abkommen würde den Präsidenten der Vereinigten Staaten berechtigen, Nikaragua von dem Entschluß, daß Amerika den Kanal bauen wolle, einfach in Kenntnis zu setzen. Es würden dann nur noch Verhandlungen mit Kostarika, Salvador, und Honduras wegen der Interessen dieser Länder in Frage kommen.

Es ist von amerikanischer Seite in der letzten Zeit oft darauf hingewiesen worden, daß der Panamakanal in 10 oder 12 Jahren, sofern sich der Schiffsverkehr in gleichem Maße weiter entwickle, wie seit der Beendigung des Kanals, den Bedürfnissen nicht mehr genügen werde, denn in den 12 Jahren sei die Zahl der den Panamakanal passierenden Schiffe von 1075 auf 5475 im Jahre gestiegen.

Es wird erwartet, daß vor der Vertagung des Kongresses, die am Anfang Juni stattfinden dürfte, die Kanalfrage soweit erledigt sein wird, um die Vorarbeiten für den Bau zu beginnen.

Ein zweiter deutscher Ozeanflug?

W.B. Berlin, 25. April. (Tel.) Ein Berliner Mittagsblatt meldet, daß weitere Verhandlungen über einen zweiten deutschen Ozeanflug abgeschlossen worden seien, und zwar werde der Jungersflieger Rißitz mit der Wienerin Frau Dillenz, ebenfalls mit einer Junkersmaschine, W 33, den Flug ausführen. — Hierzu erzählt W.B., von der Leitung der Junkerswerke, daß tatsächlich Verhandlungen über einen zweiten Ozeanflug eingeleitet sind, es sei jedoch nicht richtig, daß sie bereits zum Abschluß gekommen seien. Frau Dillenz, die im vorigen Jahre an dem Projekt des Fluges über die Azoren beteiligt war, ist an Prof. Junkers wegen dieses neuen Unternehmens herangetreten. Prof. Junkers verhält sich keineswegs grundsätzlich ablehnend, es sind aber noch eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden, ehe das Unternehmen wirklich perfekt ist. In der Leitung der Junkerswerke rechnet man damit, daß bis zur Klärung noch einige Tage vorzugehen werden.

Die Bremen startbereit

Die „Associated Press“ berichtet, daß die „Bremen“ nach der Ankunft der Ersatzteile und der Rückkehr Fitzmaurices in völlig ausgebautem Zustande auf dem Eisfeld in Greenly Island nun abflugbereit liege. Man glaubt, daß die „Bremen“ falls die Wetterberichte günstig lauten, heute oder morgen abfliegen wird.

Der amerikanische Ozeanflieger Lindbergh, der sich zum Empfang der „Bremen“ nach New York begeben hatte, ist Dienstag nachmittags in einem Armeeflugzeug nach Quebec abgeflogen, da er den an Lungenerkrankung erkrankten Flieger Bennett ein in den Laboratorien der Rockefeller-Stiftung hergestelltes Antipneumonie-Serum zu überbringen wünscht. Oberst Lindbergh traf in Quebec ein. Er hatte die Strecke von über 500 Meilen trotz Regen und Schneestürmen in vier Stunden zurückgelegt. Die Landung erfolgte um 6.50 Uhr nachmittags. Das Serum wurde mit größter Beschleunigung nach dem Krankenhaus gebracht. Im Befinden Bennetts ist eine leichte Besserung eingetreten, obwohl sein Zustand immer noch besorgniserregend ist.

Auf Greenly Island wird zur Erinnerung an die erste erfolgreiche Überquerung des Atlantischen Ozeans in westlicher Richtung ein Gedenkzeichen errichtet werden. Es wird aus einem einfachen Labrador-Felsstück bestehen, das die Namen der Flieger und einen Bericht über ihre Leistungen tragen wird.

W.B. New York, 25. April. * Die amerikanische Geographische Gesellschaft hat den Polarflieger Wilkins die Samuel F. B. Morse-Goldmedaille zuerkannt, die höchste Ehrung, die die Gesellschaft vergibt. Die Überwindung der Weibaille wird bei der Rückkehr Wilkins nach New York erfolgen.

Prinz Henry Oberhausmitglied. Der dritte Sohn des englischen Königsgepaars, Prinz Henry, wurde am Dienstag als Mitglied des Oberhauses unter seinem neuen Titel, Herzog von Gloucester, vereidigt.

Letzte Nachrichten

Entschlieungen des Großhandels

W.B. Berlin, 25. April. Präsidium und Gesamtverband des Reichsverbandes des deutschen Groß- und übersee-handels haben in ihrer letzten Sitzung die sofortige und durchgreifende Hilfe für die Landwirtschaft für notwendig gehalten, jedoch bedauert, daß die Reichsregierung in überstürzter Weise offenbar völlig ungewöhnliche Maßnahmen beschlossen habe, so z. B. eine Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften aus allgemeinen Mitteln. — Zu den Beschlüssen der Reichsbauernschaft über eine Tarifierhöhung wurde eine Entschließung gefaßt, in der die neuerliche Belastung der Wirtschaft und ihre Auswirkungen auf alle am Verkehr beteiligten Wirtschaftsgruppen für überaus verhängnisvoll bezeichnet und vor der Durchführung dringend gewarnt wird.

Die Sammlungsbewegung in Nordschleswig

W.B. Sonderburg, 25. April. (Tel.) Die Sammlungsbewegung in Nordschleswig macht täglich weitere Fortschritte. Der Aktionsausschuß in Sonderburg bezeichnet das bisherige Teilergebnis der Unterschriftenaktion als glänzend. Bis Dienstag lagen aus 67 Gemeinden 7—8000 Unterschriften vor. Der Führer der Bewegung, Hofbesitzer Lehmann, erklärte in einer großen öffentlichen Versammlung in Grabenfeld, in Beantwortung einer Anfrage nach seiner Stellung zur Grenzfrage, er wolle keinen neuen Krieg zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten um Nordschleswig. Er möchte diese Entscheidung dem Stimmzettel überlassen, betonte jedoch nochmals, daß Dänemark ein verarmtes Nordschleswig nicht auf die Dauer ertragen könne. Er kämpfe jetzt nicht für Nordschleswigs Wiedervereinigung mit Deutschland, sondern für die Schaffung ordentlicher Verhältnisse.

Die Stichwahlen in Frankreich

W.B. Paris, 25. April. (Tel.) Der nicht in besonders ausgedehnter Stichwahl stehende Arbeitsminister Fallières (Radikale Linke), hat seine Kandidatur zugunsten des radikalen Abgeordneten zurückgezogen. Hierdurch dürfte der Erfolg des Arbeitsministers im neuen Kabinett Poincaré aktuell werden.

Die Bezirksvereiner der sozialistischen Partei des Seine-Departements hat gestern mit 2336 gegen 1808 vertretenen Stimmen beschlossen, die sozialistischen Kandidaten im zweiten Wahlgang überall da zurückzuziehen, wo die Kommunisten die meisten Stimmen erhalten haben, ohne daß damit eine Wahlparole für den kommunistischen Kandidaten ausgesprochen würde. Die Zurückziehung erfolgt ohne Begründung, während, wenn eine Zurückziehung zugunsten eines Radikalen oder Sozialrepublikaners erfolgt, die Wähler aufgefordert werden, für diesen Kandidaten zu stimmen. Die Zurückziehung der sozialistischen Kandidaten im zweiten Wahlgang wurde auch für den Fall beschlossen, daß der kommunistische Kandidat unmittelbar nach einem Kandidaten der „Nationalen Einigung“ die meisten Stimmen im ersten Wahlgang erzielt hat. Es wurde jedoch nach längerer Debatte beschlossen, daß Leon Blum seine Kandidatur im 20. Bezirk in Paris aufrechterhält, obwohl der kommunistische Gegenkandidat im ersten Wahlgang mehr Stimmen auf sich vereinigte als Blum.

Die Kommunisten haben nach dem „Petit Parisien“ gestern beschlossen, ihre Kandidaten auch für den zweiten Wahlgang aufrechtzuerhalten, jedoch für den Fall, daß ein Sozialist sich in einer günstigeren Stellung befindet, ihre Kandidaten zurückzuziehen, wenn der Sozialist eine schriftliche lüdenlose Zustimmung zu der Einheitsfront der Arbeiter abgibt und sich ausdrücklich für den Klassenkampf verpflichtet.

Zinsanfu von den Nationalisten eingenommen

W.B. Shanghai, 25. April. (Tel.) Der nationalistische General Feng Yuhsiang ist gestern in Tsinanfu, der Hauptstadt der Provinz Schantung, eingetroffen, ohne bei den demoralisierten Nordruppen nennenswerten Widerstand zu finden. Tausende von Defektoren befinden sich auf dem Wege nach den Hafenstädten Tschifu und Weihaiwei und bilden durch ihre Gewalttätigkeiten und Räuberzügen eine Landplage.

Neue Kämpfe in Mexiko

W.B. Mexiko, 24. April. (Tel.) Die Stadt Guaranaro (Staat Guanajuato) wurde gestern zwei Stunden lang von 600 aufständischen Delagern. Zur Unterstützung herbeigekommene Bundesstruppen vertreiben die Angreifer, die 40 Tote zurückließen.

Polnischer Boykott deutscher Filme. Wie aus Katowitz gemeldet wird, haben die polnischen Kinobesitzer beschlossen, sämtliche deutsche Filmereignisse, insbesondere die Deulig, Emelka und Fide, zu boykottieren, solange nicht von den deutschen Behörden die Aufführung des nach Ansicht der polnischen Kinobesitzer antipolnischen deutschen Films „Dreimündige Grenze“ unterjagt wird.

Besserung im Befinden Bilsudski. Marschall Bilsudski, der sich noch immer im Spital aufhält, hat, wie aus Warschau gemeldet wird, den Außenminister Bolecki empfangen. Die „Epoca“ erzählt, hat sich der Gesundheitszustand des Marschalls wesentlich gebessert, so daß der Patient vielleicht schon in den nächsten Tagen das Spital verlassen und sich auf einen mehrtägigen Erholungsurlaub begeben wird.

Die modernen Kartelle

Ihre Licht- und Schattenseiten.

Von Dr. Klaus Buschmann, Berlin.

Die Zeiten ändern sich, und mit ihnen auch die Bedingungen, von denen das Wohl und das Wehe der Wirtschaft abhängen. Als der Zunftzwang von der Gewerbefreiheit abgelöst war, da setzte unter dem Zeichen der freien Konkurrenz schon bald ein wirtschaftlicher Aufschwung ein, der Markt erweiterte sich. Doch nach und nach nahm die Entwicklung zwangsläufig nicht unbedenkliche Formen an. Der Kapitalismus und der Großbetrieb kamen auf, und der Fortschritt der Technik drängte dazu, die Leistungsfähigkeit bis zum äußersten anzuspinnen, um eine Verzinsung des Anlagekapitals herauszuwirtschaften. Die Folgen waren Erhöhung der Produktion, Verschärfung des Konkurrenzkampfes, Massenproduktion und schließlich Überwiegen des Angebots. Ständige Konjunkturschwankungen taten ein übriges und tun es bis heute, das Bild der Entwicklung zu trüben. Der Drang zur Massenproduktion wirkt sich noch immer weiter aus, infolge der Überproduktion sinken die Preise, es wird mit Verlust verkauft. Der Konkurrenzkampf wird zum Vernichtungskampf. Die wirtschaftlich schwächeren Betriebe verschwinden, und der Kampf wird zwischen den mächtigeren fortgesetzt, bis die Konkurrenz durch Aufkauf oder Stilllegung beseitigt ist. Aber auch dann tritt nur vorübergehend ein Ruhezustand ein. Jede Marktbesserung, jede technische Neuerung kann das Entstehen neuer Konkurrenz zur Folge haben. Selbst dort, wo die Leistungsfähigkeit im Verhältnis zum Bedarf bei weitem zu groß ist, werden neue Werke gebaut, wie sich das heute in der Kohlen-, Kali- und Eisenindustrie, aber auch auf anderen Gebieten beobachten läßt.

Die Folge dieser Entwicklung ist die Zusammenschlußbewegung. Durch Zusammenschluß von Konkurrenzunternehmen und von Betrieben der vorangehenden und nachfolgenden Wirtschaftsstufe zu Konzernen versucht man, die Gesteuerungskosten herabzudrücken und möglichst rational zu arbeiten, um auf diese Weise in dem scharfen Konkurrenzkampf nicht zu unterliegen. Ist die Zahl der konkurrierenden Betriebe durch diese Zusammenlegungen stark genug gesunken, dann folgen Bestrebungen, die gleichartigen Unternehmen zu vertrauen. In diesem Kampf um den Absatz greift nun auch die Kartellbewegung ein. Kartelle (Syndikate, Ringe) sind Vereinbarungen zwischen selbständig bleibenden Unternehmen derselben Art zum Zwecke der Regelung des Marktes und Beschränkung des Wettbewerbs. Sie kommen meist als „Kinder der Not“ in Zeiten schlechter Konjunktur, bei einem Überwiegen des Angebots über die Nachfrage, zur Welt und erstrecken ihre Tätigkeit in erster Linie darauf, die Verkaufsbedingungen, die Preisstellung, die Menge der Produktion und die Verkaufstätigkeit zu regeln. Man unterscheidet deshalb Konditionen-, Preis-, Kontingentierungs- und Verkaufskartelle, wobei jedoch zu beachten ist, daß die einzelnen Kartelle häufig mehrere Tätigkeitsgebiete haben und daß die höchste Stufe der Kartellierung, das Verkaufskartell, sich mit allen genannten Gebieten beschäftigt.

Die Urteile über die Kartelle gehen stark auseinander. Im Vordergrund steht begrifflicherweise die Frage nach ihrem Einfluß auf die Preise. Die Kartellgegner betonen, daß die Politik aller Monopolisten nicht darauf abzielt, möglichst niedrige Preise zu schaffen und möglichst viel umzusetzen, sondern vor allen Dingen viel zu erlösen. Sie brächten daher immer nur soviel auf den Markt, als im Interesse ihrer Preispolitik liege. Jedes Kartell beginne seine Tätigkeit mit der Erhöhung der Preise, bzw. der Verhinderung eines sonst eintretenden Preissturzes. Die Kartellierung führe zwangsläufig zu einer Ausbeutung der Konsumenten. Auf der anderen Seite macht man geltend, durch die Kartelle würden nicht die Preise gehoben, sondern eine größere Gleichmäßigkeit der Preisbildung erzielt. Eine stabile Preisbildung liege auch im Interesse der Konsumenten. Eine Erhöhung der Preise trete nur dort ein, wo diese bereits unter die Gesteuerungskosten gesunken seien. Vielfach weist man auch darauf hin, daß die Kartellierung zu einer Sanierung der anarchoistischen Zustände der Volkswirtschaft führe, indem der Überproduktion gesteuert werde. Die Kartelle seien ohne Frage ganz hervorragend geeignet, durch planmäßige Regelung der Produktion zur

Wachstum der Krisen beizutragen. Diese Wirkung kann jedoch, wie Dr. O. Lehndorf in seinem Vortrage bei R. Gobbing, Berlin, erschienenen monumentalen Werke über „Kartelle und Staat, unter Berücksichtigung der Gesetzgebung des In- und Auslandes“ sehr zutreffend ausführt, nur dort erzielt werden, wo eine Anpassung der Produktion an den Bedarf stattfindet. Führen die Kartelle lediglich zu einer Erhöhung des Gewinnes und ziehen sie dadurch neues Kapital an, obwohl die Branche bereits so gelagert ist, daß die Beschränkung des Wettbewerbs dringend nützt, dann sind sie auch nicht in der Lage, die Krisen abzuwehren. Von gegnerischer Seite wird ferner auch als unerwünscht bezeichnet, daß die Kartelle in den Konkurrenzkampf eingreifen. Veraltete Werke würden am Leben erhalten, und die hohe Preisstellung der Kartelle sei meist erst eine Folge des Strebens, alle Werke durchzuschleppen. Schließlich wendet man noch ein, daß die Folge der Vertrustung sowohl wie der restlosen Kartellierung letzten Endes mehr oder weniger die Beseitigung des Grundgesetzes der Gewerbefreiheit sein würde.

Überblickt man diese gegen und für die Kartelle vorgebrachten Argumente, so wird man zugeben müssen, daß fast keine Stellungnahme sich grundsätzlich ablehnen läßt. Es wird vielmehr darauf ankommen, von Fall zu Fall die Wirkung festzustellen. Bekämpft man die Kartelle, obwohl ein dringendes Kartellbedürfnis vorliegt, lediglich um dem Prinzip der Gewerbefreiheit zum Siege zu verhelfen, und verhindert oder erschwert man deshalb die Regelung des Wettbewerbs, dann drängt man die Wirtschaft zur Fortsetzung des zügellosen Konkurrenzkampfes mit allen seinen Folgen und bringt dadurch zum Ausdruck, daß man eine Regelung nur durch eine Nachgruppierung des Kapitals für zweckmäßig hält. Für die Arbeitnehmer besteht bei einer solchen Entwicklung die Gefahr, daß der Konkurrenzkampf zum Teil auf ihre Kosten durchgeführt wird, während durch die mit der Kartellbildung eintretende Milderung des Konkurrenzkampfes die Lage der Arbeitnehmer in der Regel erleichtert wird.

Deutschland ist das Land der Kartelle. In vielen anderen Ländern spielt das Kartellproblem bis heute noch keine praktische Rolle. Wenn aber erst der Inflationskoeffizient von den einzelnen Ländern ganz verschwunden sein und man erkannt haben wird, daß der Marktausbau in Zukunft enge Grenzen gezogen sind, wenn die Inlandskonjunktur, die vereinzelt festzustellen ist, abgelebt sein wird, dann wird die Frage der Anpassung der Produktion an den Bedarf allenthalben in den Vordergrund des Interesses treten und, nach Lehndorf, eines der wichtigsten weltwirtschaftlichen Probleme darstellen. Bornehmlich für diejenigen Wirtschaftszweige, in denen sich die Tendenz zur Massenproduktion am schärfsten auswirkt. Eine gesetzliche Regelung des Kartellwesens wird tatsächlich schon in verschiedenen Ländern erwogen. In Deutschland aber wird jetzt eine Reform der „Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen“ (Kartellverordnung) vom 2. November 1923 gefordert, bei deren Erlaß man hauptsächlich Inflationserscheinungen hatte bekämpfen wollen, die eher den Monopol- als den eigentlichen Kartellvereinbarungen zuzugählen waren. Jedenfalls handelte es sich damals in erster Linie nicht um eine Regelung des Kartellproblems, denn die Kartellwirkung, die Anpassung der Produktion an den Bedarf, stand 1923 gar nicht zur Diskussion. Diese Kartellverordnung wurde auf Erfahrungen der Verwaltung aufgebaut und erstrebte eine Überwachung der Kartelle mit möglichst geringen Mitteln. Ihren Kernpunkt stellen die Paragraphen 4 und 10 dar, durch die dem Reichswirtschaftsministerium, das als Kartellaufsichtsbehörde fungiert, bestimmte Eingriffsrechte eingeräumt sind. Zur Durchführung der Verordnung wurde auf Grund des § 11 das Kartellgericht beim Reichswirtschaftsgericht gebildet, dessen Aufbau insofern bemängelt wird, als an der Rechtsprechung die widerstreitenden Interessen selbst beteiligt sind. Verständlich ist, hinsichtlich der bestehenden Unklarheiten über die Wirkungen der Kartelle, daß jetzt auch die Schaffung eines unabhängigen Kartellamtes immer wieder gefordert wird. Am 1. Juli 1926 nahm der Reichstag eine Entschließung an, deren erster Teil lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, im Hinblick auf die Auswüchse, die in der Kartell- und Monopolbildung seit langer Zeit beobachtet werden, dem Reichstag möglichst bald eine Vorlage zu unterbreiten, die diese Materie unter geeigneter Verwertung der bisherigen Beschlüsse des 8. Ausschusses und des Reichstages regelt.“ Die Reichsregierung betonte bei den Verhandlungen, daß die Kartellverordnung durchaus geeignet sei, Auswüchsen auf dem Gebiete des Kartellwesens zu steuern. Mit weiteren Maßnahmen wolle man warten, bis der Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquete-Ausschuss) zur Organisationsfrage Stellung genommen habe. Die Reichsregierung hat denn auch bisher auf die Entschließung des Reichstages nichts veranlaßt.

Brands Befinden. Das Dienstag abend über den Gesundheitszustand Brands ausgegebene ärztliche Kommuniqué besagt: Befinden stationär, Fieber dauert an. Der gestrige Krankheitsbericht Brands ist außer von den beiden Hausärzten von zwei Professoren unterzeichnet. „Petit Parisien“ schreibt, daß das Hinzugiehen von Spezialisten die Freunde des Außenministers beunruhigt habe, daß sich aber aus Nachrichten aus der unmittelbaren Umgebung Brands ergebe, daß die Krankheit ihren normalen Verlauf nehme und für den Augenblick keine beunruhigenden Symptome zeige.

Aus der Wahlbewegung

Die Vorschläge zur Reichstagswahl

Die Nummernfolge der Reichstagsvorschläge der bisher im Reichstag vertretenen Parteien ist folgende:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
2. Deutschnationale Volkspartei
3. Zentrum
4. Deutsche Volkspartei
5. Kommunistische Partei
6. Deutsche Demokratische Partei
7. Bayerische Volkspartei
8. Linke Kommunisten
9. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes
10. National-sozialistische Deutsche Arbeiterpartei
11. Deutsche Bauernpartei
12. Bäckische Arbeitsgemeinschaft (Bäckisch-nation. Block)
13. Deutsch-hannoversche Partei
14. Landbund
15. Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei
16. Volkrechtspartei.

Wird ein Reichstagsvorschlag unter der angegebenen Parteibezeichnung nicht eingereicht, so fällt die Nummer auf dem Stimmzettel aus.

Für Parteien, die bisher im Reichstag nicht vertreten waren, stehen die Nummern von 17 an zur Verfügung. Für ihre Zuteilung entscheidet die Reihenfolge, in der die Vorschläge zeitlich bei den Kreiswahlleitern eingehen.

Gegen die Auswüchse im Wahlkampf

Zur Vermeidung von Ausschreitungen im Wahlkampf hat der Kreis Mitteldeutschland des Vereines Deutscher Zeitungsverleger folgenden Beschluß gefaßt:

„Alle Parteien, einerlei welcher politischen Einstellung, sind sich darüber einig, daß die Wahlkämpfe der letzten Jahre sehr unerfreuliche Auswüchse gezeigt haben, die im Interesse der Einigkeit unseres Volkes besser vermieden werden sollen. Nach einstimmiger Entschließung der Bezirksarbeitsgemeinschaft der Presse Mitteldeutschlands, in der die Verleger und Redakteure zusammengeschlossen sind, wird es die mitteldeutsche Tagespresse deshalb in dem bevorstehenden Wahlkampf ablehnen, irgendwelche Veröffentlichungen im Text- oder Anzeigenteil aufzunehmen, die einen gehässigen, persönlichen Charakter tragen und die damit den Boden der erforderlichen Sachlichkeit verlassen.“

Gertrud Bäumer in Karlsruhe

Mit einer stark besuchten Versammlung im Künstlerhaus eröffnete die demokratische Partei in der badischen Landeshauptstadt ihrerseits den Wahlkampf, wobei zwei Frauenkandidatinnen referierten. Nach der an dritter Stelle der badischen Liste stehenden Lehrerin Niegar sprach, von starkem Beifall empfangen, Frau Gertrud Bäumer. Sie ging vom Schulgesetz aus, an dem die Rechtskoalition scheiterte, die sich wegen zahlreicher weiterer grundsätzlicher Differenzen nicht als lebensfähig erwies. Eine stetige Politik einer Koalition, die ungefähr der großen Koalition entspreche, außenpolitisch und innenpolitisch, auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Sozial- und nicht zuletzt der Kulturpolitik sei notwendig, um für die nächsten Jahre eine Aufwärtsbewegung des deutschen Volkes herbeizuführen. Im übrigen verbreitete sich die Rednerin über die Reparations-, Abrüstungs- und andere Fragen. Am 12. Mai werden in Karlsruhe der Parteivorsitzende Erich Koch und der badische Spitzenkandidat Dietrich sprechen.

Dr. Köhler in Konstanz

In einer öffentlichen Versammlung im Kongresssaal zu Konstanz, sprach Dienstag abend Reichsfinanzminister Dr. Köhler, der u. a. sagte:

Der Zentrumspartei stehe die deutsche Reichsverfassung obenan. An den Grundrechten des deutschen Volkes werde die Partei nicht fütteln lassen. Das Zentrum wolle eine mit christlichem Geist erfüllte Demokratie, ihm gelten die alten ehrwürdigen Farben Schwarz-Rot-Gold als ein Symbol der Einigung aller deutschen Stämme. Die Schwierigkeiten der Lösung der Frage: Reich und Länder lägen weniger in Süddeutschland als vielmehr bei Preußen. Bei dieser Frage müsse auf die kulturellen Eigenheiten der Länder das Augenmerk gerichtet werden. Der Minister sagte, es könne keine Rede davon sein, daß die süddeutschen Länder ihre Selbständigkeit und Eigenart preisgeben. Als Aufgabe des neuen Reichstages bezeichnete er die Durchführung einer großen Agrarreform. Bezüglich seiner Namtreue sagte der Minister, er habe mit dem Reparationsagenten eine längere eingehende Aussprache gehabt. Die deutsche Währung stehe fest und unerfütterlich. Wer diese Tatsache dem deutschen Finanzminister nicht glauben wolle, der werde es dem Reparationsagenten glauben müssen. Sein Hinweis, daß das Zentrum für die Verteidigung der Wälder und ihre Gleichberechtigung eintrete, fand lebhaften Beifall, nicht minder seine Äußerung, daß von Gleichberechtigung solange nicht gesprochen werden könne, als noch fremde Soldaten auf deutschem Boden ständen.

Dr. Stresemann in München

Außenminister Dr. Stresemann, der sich augenblicklich in München aufhält, betonte in einer Unterredung, daß er in dem Angebot der Deutschen Volkspartei, in Bayern die Kandidatur für die Wahlkreise Oberbayern-Schwaben und Niederbayern-Oberpfalz zu übernehmen, ein Versehen zu seiner Stellung zum Problem der auswärtigen Politik sehe. Darüber hinaus freue er sich, in Bayern zu kandidieren, weil der Liberalismus in Bayern stets geschichtliche Aufgaben gehabt habe. Zu der Frage „Reich und Länder“ erklärte Dr. Stresemann, daß die Stärkung der einheitlichen Reichsgestaltung niemals durch Zwangsmassnahmen herbeigeführt werden könne, wenn sie der Entwicklung des Reiches zuträglich sein sollte. Dort, wo es gelte, die in vielen Teilen des Reiches zutage tretende und für die Entwicklung der einzelnen Länder selbst schädliche Kleinanarchie zu überwinden, könne auf dem Wege des freiwilligen Zusammenflusses eine gesunde Entwicklung herbeigeführt werden. Die süddeutsche, insbesondere die bayerische Kultur, habe für die geistige und kulturelle Entwicklung Deutschlands so viel getan, daß der Schutz der Stammeseigenart aus kulturellen Gründen, aber auch im Sinne einer organischen Entwicklung des gesamten Volkstums, erforderlich sei. Erst die Verbindung der süddeutschen Kultur, ihrer Kunst und ihrer Geistigkeit mit der gewissen Herzlichkeit des norddeutschen Wesens gebe den guten deutschen Klang.

Nach einem Frühstück im engeren Kreise im Löwenbräukeller nahm Dr. Stresemann an einem Pressefest im Bayerischen Hof teil. In einer Ansprache erklärte er, daß es im Interesse der gesamten deutschen Politik liege, wenn Männer aus dem Norden in Süddeutschland, und Süddeutsche Männer in Norddeutschland sich politisch betätigen, weil dadurch eine viel engere Zusammenarbeit in Deutschland erzielt werde.

Eine Wahlrede des preussischen Ministerpräsidenten

In der Stadthalle zu Arnimberg (Ostpreußen) hielt am Dienstag abend der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns eine Rede, in der er sich zunächst gegen die Splitterparteien wandte, die eine harte parlamentarische Mehrheitsbildung ver-

hinderten. Das Ziel politischer Erziehung müsse sein, dem Wähler klar zu machen, daß sie sich mit den großen, politischen, richtungweisenden Parteien zusammenfinden müßten. Der Ministerpräsident kritisierte dann die letzte Bürgerblockregierung im Reich, die völlig verfaßt habe. Die Zweideutigkeit der deutschnationalen Politik sei schuld daran, daß in der Außenpolitik nichts erreicht werden kann. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete habe die Regierungskoalition verfaßt. Der Landbund und die Deutschnationalen hätten nicht auf die erforderliche Nationalisierung, sondern auf die Politisierung der Landwirtschaft hingewirkt. Das Notefrontverbot gehe über alles, was man im Reich je vom Reichsinnenminister erlebt habe. Es gebe auf der rechten Seite ähnliche Organisationen, die mindestens ebensoviel auf dem Herdholz hätten wie die extremen Linken. Die Deutsche Volkspartei habe kürzlich durch Stresemann erklären lassen, daß sie jetzt bereit sei, mit allen Parteien, die am Wiederaufbau mitarbeiten wollen, zusammenzugehen. Wir werden sehen, sagte Dr. Brauns, ob die anderen Parteien für diese Politik nach der Wahl die Deutsche Volkspartei noch brauchen werden.

Noch einmal die Deutschkonservativen zu den Wahlen.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht eine Entschließung des Hauptvereins der Deutschkonservativen zu der Haltung der Konservativen bei dem bevorstehenden Wahlkampf. Die entscheidenden Sätze der Entschließung lauten: Wenn nun auch wie bisher der konservative Hauptverein an seiner Grundentscheidung festzuhalten hat, daß es zunächst noch Hauptsache sei, den konservativen Eintrag in der Deutschnationalen Volkspartei zu stärken und demgemäß bei der Wahl für sie einzutreten, so mußte denjenigen Konservativen, bei denen durch das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei schwere Bewußtseinsbisse ein Eintreten für diese Partei verhindern, freigegeben werden, auch für andere Listen zu stimmen und einzutreten.

Politische Neuigkeiten

Überwachungsausschuss u. Reichsinnenminister

Der Überwachungsausschuss des Reichstages hat am Dienstag nach ausführlicher Erörterung des geplanten Verbots des Notenfrentkämpferbundes alle Anträge der Linken auf Zurücknahme des Erlasses des Herrn v. Reubell an die Länderregierungen mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten abgelehnt; mit Stimmengleichheit wurde auch ein Antrag des Zentrums und der Demokraten abgelehnt, der die Maßnahme des Ministers für den gegenwärtigen Zeitpunkt als unzulässig erklärte. Dieser Antrag kam nur deshalb zu Fall, weil die Kommunisten, die eigentlichen Nutznießer des Reubellschen Vorgehens, mit der Rechten dagegen stimmten.

Erschienen waren Reichsinnenminister v. Reubell und Reichsjustizminister Dergt. Auf eine Anfrage der Kommunisten, ob der Justizminister Dr. Dergt als Stellvertreter des Reichskanzlers die Stellung der Reichsregierung vertreten kann, erwidert Reichsjustizminister Dergt, daß es lediglich Sache der Regierung selbst sei, sich zu entscheiden, wann sie in einem Reichstagsauschuss erscheinen wolle und was sie dabei zu sagen habe.

Auf weitere Anfragen nach der Stellung des Ministeriums zu den vorliegenden Anträgen erwidert Reichsinnenminister Dr. v. Reubell: Was den kommunistischen Antrag angeht, so darf ich mir vorbehalten, zu seinem Inhalt Stellung zu nehmen, wenn ich die Begründung gehört habe. Im Verlauf der Debatte erklärte der Reichsinnenminister, der Notenfrentkämpferbund sei eine staatsgefährdende Organisation, wie von seinen Führern selbst mit zynischer Offenheit oft genug betont worden sei. Es handele sich bei seiner Maßnahme um eine reine Messortangelegenheit. Keine Stellungnahme des Kabinetts, auch wenn sie stattgefunden hätte, hätte den zuständigen Minister in diesem Spezialfall von der ihm vom Republikstiftungsgesetz auferlegten Verpflichtung befreien können. Ich suche, so fuhr der Minister fort, auch keine Dedung hinter dem Kabinetts. Ich würde es für eine Aufbruchleistung meiner Pflichten als Reichsinnenminister gehalten haben, wenn ich das Verbot nicht erlassen hätte.

Die Verteilung der Behördenaufträge

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat der Reichsregierung ein Gutachten über die Verteilung der Behördenaufträge erstattet.

Das Gutachten wünscht eine Vergebung der Aufträge möglichst in Zeiten der Depression. Im einzelnen wird empfohlen, daß alle Reichs-, staatlichen und Gemeindebehörden einer zentralen Verteilung von ihren Aufträgen machen müssen, daß alle diese Behörden in gewissen Zeitabständen Vorforderungen mit der Privatwirtschaft abhalten, und zwar sowohl für das ganze Reich, wie auch für die einzelnen Wirtschaftsgebiete, ferner daß geprüft werde, ob durch erweiterte Übertragbarkeit von Staatsmitteln und durch Umgestaltung von Vorgehens auf den nächsten Haushalt eine wirtschaftlich zweckmäßige Verteilung der Aufträge ermöglicht werden kann, daß bei Verteilung der Hausinspektionsaufträge, auf eine frühzeitige und gleichmäßige Verteilung der Bauvorhaben über das ganze Reich Bedacht genommen wird, daß Bauunterhaltungsarbeiten, soweit möglich, auch in der kühlen Jahreszeit vorgenommen werden und schließlich, daß durch lange Lieferfristen bei Ausführung der Aufträge in stillen Zeiten ermöglicht wird.

Deutsche Flugspende zu Ehren der Transoceanflieger

Der Deutsche Luftfahrerverband E. V. veröffentlicht, wie aus Berlin gemeldet wird, einen Aufruf, in dem den deutschen Ozeanfliegern für ihre Tat gedankt wird. Es gelte nunmehr, weiterzuarbeiten und dem deutschen Flugsport zur Förderung sportlicher Flüge, zur Ausschreibung von Preisflügen und zur Fortbildung besonders begabter junger Sportflieger die unentbehrliche finanzielle Grundlage zu schaffen. Eine solche Sammlung sei gleichzeitig die schönste Ehrung für die tapferen Ozeanflieger. Das ganze deutsche Volk wird gebeten, daß jeder nach seinem Können sein Scherlein beiträgt zum Ausbau des deutschen Flugsportes und damit zur Förderung der deutschen Luftfahrt und zur Fortführung der Mission des Flugzeuges als Werkzeug internationaler Zusammenarbeit.

Der Deutsche Luftfahrtverband, die von den zuständigen Stellen der Reichs- und Länderbehörden und den deutschen Sportverbänden anerkannte oberste deutsche Sportmacht für den gesamten Flugsport, hat die Aufsicht über die Sammlung übernommen und bei allen Banken und Bankfirmen Annahmestellen eingerichtet.

General Wrangel †. Der russische General Baron Peter Wrangel, der die Bewegungen gegen die Sowjetherrschaft geleitet und seit 1925 in Brüssel seinen Wohnsitz hatte, ist nach längerer Krankheit im Alter von 48 Jahren gestorben.

Die englische Budgetdebatte

Im englischen Unterhaus legte am Dienstag Schatzkanzler Churchill sein viertes Budget vor, das Gesamtausgaben in Höhe von 831 Millionen Pfund Sterling vorsieht.

Churchill erklärte, das beendete Finanzjahr habe dauernd bergan geführt. Er könne sich keines Budgets erinnern, das trotz so zahlreicher Gegenfaktoren geblüht sei. Im vergangenen Jahre wurde mehr als das Doppelte von dem im Regierungsplan vorgesehenen überschüssig erzielt. Es wurden Ersparnisse von 10,5 Millionen Pfund Sterling gemacht. Die Staatsschuld, deren Nominalbetrag sich gegenwärtig auf 7527 Millionen Pfund Sterling stellt, wurde um 80 Millionen vermindert. Die auswärtige Schuld, die um 6,25 Millionen Pfund Sterling herabgesetzt wurde, beläuft sich jetzt auf 1095 Millionen. Churchill kündigte ferner an, daß auf Britlets ein Zoll von 6 Pence und auf im Inlande hergestellte Britlets eine entsprechende Abgabe gelegt werden soll. Er schlägt vor, eine neue Erbschaftsteuer mit einem auf 375 Millionen Pfund Sterling veranschlagten Ertrag einzuführen. Wenn diese Ziffer innegehalten werden könnte, so würden die inneren und äußeren Schulden, einschl. der Amerikanleihe, ohne daß Zusatzsteuern notwendig wären, in 50 Jahren getilgt werden können. Die Verschmelzung der Currency-Noten und der Noten der Bank von England werde im kommenden Finanzjahr stattfinden. Der für den Tilgungsfond bestimmte Betrag würde im kommenden Jahre wiederum 65 Millionen Pfund Sterling betragen. Die Ausgaben für 1928/29 würden auf 806 195 000 Pfund Sterling veranschlagt gegenüber einem Voranschlag von 833 390 000 im vergangenen Jahre. Churchill berichtete dann über den Beamtenabbau, durch den, seit die gegenwärtige Regierung die Geschäfte übernommen hat, 7000 überflüssige Stellen abgebaut worden sind. In den nächsten 5 Jahren hoffe man 11 000 weitere Stellen, d. h. ungefähr ein Achtel des gesamten Beamtenstabes, abzubauen und dieselben Ersparnisgrundlagen dann auch auf die Verwaltung des Heeres, der Marine und der Luftstreitkräfte auszuweiten. Sehr eingehend befaßte sich der Schatzkanzler weiterhin mit der Frage der Kommunalsteuern, deren Verminderung er im Interesse des Wirtschaftens für dringend notwendig erklärte. Er habe den Plan zur Bildung eines Fonds von 20 bis 30 Millionen Pfund Sterling ausgearbeitet, der zur Verminderung solcher Kommunalsteuern, die die Produzenten in Stadt und Land besonders treffen, dienen soll.

Der 1. Mai. Der Braunschweigische Landtag hat mit 26 Stimmen der Linken eine Vorlage des Staatsministeriums angenommen, wonach der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. — In Mecklenburg-Schwerin wurde ein Initiativgesetzentwurf der Kommunisten und Sozialdemokraten zur Festlegung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag in Mecklenburg vom Landtag mit 26 gegen 24 Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Eine sozialdemokratische Interpellation im bairischen Landtag. Die Sozialdemokraten haben noch kurz vor Landtagschluss eine Interpellation eingebracht: „Was bedeutet die Staatsregierung angesichts der Ergebnisse des parlamentarischen Ausschusses für die Untersuchung der Vorgänge vom 1. Mai 1923 und der gegen die Reichs- und Landesverfassung gerichteten Verurteilungen vom 26. September bis 9. November 1923 zu tun?“. In der Begründung wird bemerkt: Die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses bedeuten eine schwere Belastung hoher bairischer Staatswürdenträger, die in den Jahren 1923 bis 1924 die bairische Staats- und Justizanstalten mitverschuldet haben, aber zum Teil heute noch im Amte sind.

Der Konflikt in der englischen Baumwollindustrie. In Manchester trat ein Unterausschuß aus Vertretern der zehn Gewerkschaften der Baumwollindustrie zusammen und entwarf die Antwort auf das Memorandum der Arbeitgeber, welches Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Löhne um 12½ Proz. vorsieht. Die gemeinsame Konferenz zwischen Arbeitgeber und Arbeiter wird am nächsten Montag wieder zusammentreten, und die Antwort der Arbeiter wird dann, nachdem sie von den Exekutiven der Gewerkschaften genehmigt worden ist, vorgelegt werden.

Verhaftungen in Polen. Der Oberkommissar der polnischen Staatspolizei in Warschau, Lutskiewicz, wurde wegen einer Reihe von Durchsicherungen, die er sich hatte zuschulden kommen lassen, seines Amtes entbunden und verhaftet. — Der ehemalige kommerzielle Direktor der Staatlichen Rappaport-Gesellschaft, Karl Hoffmann, wurde unter der Beschuldigung verhaftet, daß er sich Veruntreuungen in Höhe von 142 000 Dollar habe zuschulden kommen lassen.

Kurze Nachrichten

Der Hamburger Anführerprozeß. In Hamburg findet gegenwärtig der Prozeß gegen die im Zusammenhang mit den Anrufen vom August v. J., bei denen auch ein Polizeiwachmeister ermordet wurde, Angeklagten statt. Die Staatsanwaltschaft beantragte Zuchthausstrafen von 2 bis zu 5 Jahren, Gefängnisstrafen von 9 bis 18 Monaten und für zwei Angeklagte Freisprechung.

Das Verbot des Gastrieges. Wie die französische Regierung dem Völkerbundsekretariat mitteilt, haben die italienische und die Sowjetregierung ihre Ratifikationsurkunden zum Protokoll vom Juni 1925 gegen den Gastrieg eingelegt. Das Protokoll ist ferner ratifiziert von Frankreich, Venezuela und Liberia.

Die Kommunalneuwahlen für Kattowitz. Die am 29. April stattfindenden Wahlen sind durch Beschluß des Wojwodschafsrates auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Dadurch sind Vermutungen, daß die kommunistische Stadtverwaltung die Besetzung des ersten Bürgermeisterpostens von Kattowitz vornehmen würde, bestätigt worden. Es verlautet, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der gegenwärtige Bürgermeister von Bismarckhütte, der frühere Aufsichtsführer und Abgeordnete der „Moralischen Wiedergeburt“, Greif, der aussichtsreichste Kandidat ist.

Der mexikanische Erzbischof Mora del Rio gestorben. Der Erzbischof José Mora del Rio, das Haupt der katholischen Kirche in Mexiko, der in Texas im Exil lebte, ist auf der Rückkehr von einer Reise nach Kuba gestorben.

Ferdinand Hummel †. In Berlin ist, 73 Jahre alt, der Komponist Prof. Ferdinand Hummel gestorben.

Verschiedenes

General Robile in Berlin

Der Nordpolfahrer General Robile ist Dienstag abend in Berlin eingetroffen. Für Donnerstag ist sein Empfang beim Reichspräsidenten vorgesehen. Der Reichsverkehrsminister gab heute, Mittwoch, zu Ehren des Generals Robile ein Frühstück, an dem Mitglieder der Luftschiffbesatzung, der italienische Volschafier mit Herren der italienischen Volschaft, sowie Vertreter der Luftfahrtwissenschaft teilnahmen.

Zwei weitere Opfer des Mailänder Attentats

Mailand, 24. April. Zwei anläßlich des Mailänder Attentats vom 12. April Verletzte sind nunmehr ihren Verletzungen erlegen.

Badischer Teil

Antrittsbesuch

Am gestrigen Tage statteten der neue Oberbürgermeister Dr. Seimerich und Bürgermeister Büchner aus Mannheim dem Staatspräsidenten Dr. Klemme, den Mitgliedern der Regierung und den höheren Staatsbeamten den Antrittsbesuch ab. Im Anschluß hieran gab der Staatspräsident zu Ehren der Mannheimer Gäste im Staatsgebäude, Schloßplatz 11, ein Frühstück, zu welchem mehrere Einladungen ergangen waren.

Badischer Landtag

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung hat die Beratung des Landesjustizkostengesetzes in drei Sitzungen zum Abschluß gebracht. Einige Abänderungsanträge, die in der Hauptsache vom Berichterstatter ausgingen, wurden angenommen, ebenso ein Antrag der Regierungspartei, auch den Trägern der Sozialversicherung Gebührenfreiheit zu gewähren. Die Gebührenfreiheit der Kirchen wurde mit allen Stimmen bei 2 Enthaltungen (1 Volkspartei und 1 Bürg. Ver.) beschlossen. Das ganze Gesetz fand Annahme mit sämtlichen Stimmen bei einer Enthaltung.

Die Arbeiten an der Heidelberg Staustufe

Heidelberg, 25. April. Die Arbeiten an der Staustufe schreiten programmäßig fort. Der Hochbau der beiden Schleusen wird in etwa 14 Tagen beendigt sein. Bei der Herrenmühle hat man mit dem Umbau der Kraftanlage begonnen; dort ist der Oberwasserkanal bis auf den Einlauf an der Schleusenmauer fertiggestellt. Im Lauf IV werden gegenwärtig noch Sprengungen vorgenommen. Das Fundament für den ersten Weiler des Schleusenwehres ist bereits fertig betoniert. Am östlichen Schleusenort werden die von Krupp hergestellten mächtigen eisernen Flügeltore eingeseht. Schon steht das Haus des Wehrentwärters seiner Vollendung entgegen, das, wie alle Schleusen, mit Ausnahme der eigentlichen Schleusenwände, mit rotem Sandstein ausgeführt ist. An der Staustufe arbeiten zurzeit etwa 450 Mann bei einschichtigem Betriebe.

Zehn Jahre Süddeutscher Handelskammerauschuh für Hotelgewerbe u. Fremdenverkehr

Der bei der Handelskammervereinigung bestehende Ausschuss für Hotelgewerbe u. Fremdenverkehr wird Ende April zu einer Tagung in Baden-Baden zusammentreten, mit der zugleich der Ausschuss auf ein Bestehen über zehn Jahre zurückblicken kann. Für die Tagung ist der 27. April vorgesehen. Die geschäftlichen Beratungen sollen folgende Gegenstände umfassen: Frage der Wiedereinführung der Gemeindegetränksteuer, Schankstättengesetz, gemeinschaftliche Arbeit zwischen den reichsdeutschen und österreichischen Handelskammern zum Zwecke der Förderung des Fremdenverkehrs (auch Autoverskehrs), Frage der Verbesserung einer Reihe von Autostraßen in Süddeutschland und der Beschleunigung an den Ostseebahnen sowie an den Straßenkreuzungen, Änderung des Meldewesens der Fremden.

Badischer Familientag in Berlin

In dem Gesellschaftshaus der „Fortuna“ zu Berlin wurde am Sonntag ein von zahlreichen Badenern besuchter Familientag abgehalten. Mehr als 400 Personen aus allen Gauen Badens füllten den Festsaal, darunter der badische Gesandte in Berlin, Dr. Sombel, Reichskommisnar Knauer, Oberst von Braun u. a. m. Zahlreiche badische Trachten gaben dem Fest ein farbenprächtiges Bild. Den Glanzpunkt des Abends bildete ein Lichtbildvortrag von Senatspräsident Geh. Regierungsrat Dr. Erwin Hertel über das Land Baden. Der Abend war umrahmt von Musikvorträgen eines Sertett der Staatsoper.

Tagungen

Genossenschaftliche Landes tagungen. Die großen 1450 Genossenschaften mit etwa 200 000 Einzelmitgliedern zählenden Genossenschaftsorganisationen, Verband bad. landw. Genossenschaften (Körperschaft), Badische Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H., Bad. landw. Hauptgenossenschaft e. G. m. b. H. und Bad. Volkserwerbsverband e. V. in Karlsruhe, halten ihre diesjährigen Verbandstage und Generalversammlungen am Freitag, den 11., und Samstag, den 12. Mai 1928 im großen Saale der Städtischen Festhalle in Karlsruhe ab.

Große Schiffsahrtstagung am Bodensee. Am 17. u. 18. Juni wird in Friedrichshafen eine große von den süddeutschen Verbänden für den Neckar, die obere Donau und den Oberrhein veranstaltete große Schiffsahrtstagung stattfinden. Auch die schweizerischen Schiffsahrtverbände von Basel und St. Gallen werden sich daran beteiligen. Als Hauptreferent wird der frühere deutsche Reichsverkehrsminister Dr. Krohne sprechen. Mit der Tagung ist auch ein Besuch des Instituts für Seenforschung in Langenargen und der Zepplinwerke in Friedrichshafen verbunden.

Die Badische Landwirtschaftskammer wird am Donnerstag, den 26. d. M., und Freitag, den 27., im Bürgeraal des Rathauses zu Karlsruhe ihre 82. Vollversammlung abhalten.

Lohnbewegungen in Baden

Lohnstreik in der mittelhessischen Metallindustrie. Der Stellvertreter des Schlichters, Oberregierungsrat Dr. Häußner, hat nach Verhandlungen mit den Parteien den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Karlsruhe vom 12. d. M., nach welchem eine Lohnhöhung eintritt, für verbindlich erklärt. Damit ist der Lohnstreik in der Metallindustrie, der bereits zu Kündigungen in einzelnen Betrieben geführt hatte, beendigt. Es handelt sich im ganzen um etwa 15 000 Arbeiter.

Gescheiterte Lohnverhandlungen in der Rheinschiffahrt. Die in Duisburg geführten Lohnverhandlungen in der Rheinschiffahrt sind ergebnislos verlaufen, da der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer nicht erschienen war und der Deutsche Verkehrsband keine getrennten Lohnverhandlungen führen wollte. Ein neuer Termin zu Verhandlungen ist bisher noch nicht festgesetzt worden. Der Tarifvertrag läuft nur noch bis zum 30. April.

Die Gehälter beim Karlsruher Einzelhandel. Zwischen dem Karlsruher Einzelhandel e. V. und den Angestelltenvereinigungen wurde wegen einer Gehaltszulage eine Einigung erzielt. Darnach werden die Tarifgehälter ab 1. April etwa um 7½ Proz. erhöht.

Rückkehr zum Amtsbezirk Offenburg. Mit dem 15. April fielen gemäß der Entscheidung des Staatsministeriums vom 13. Dezember vorigen Jahres die Gemeinden Altheim, Griesheim, Marlen und Wüllen unter die Verwaltung des Bezirksamtes Offenburg zurück. Nur die mit der Besetzung zusammenhängenden Angelegenheiten werden für die wieder dem Amtsbezirk Offenburg zugeordneten Gemeinden nach wie vor vom Bezirksamt Neffl. wahrgenommen.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Triberg genehmigte den Ausbau der zweiten Bergstraße in Etappen und eines fahrbaren Verbindungsweges nach dem Hofleben, womit gleichzeitig gutes neues Baugebiet aufgeschlossen wird. Die Erweiterung des Friedhofes wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die der Besserung der Volkswohlfahrt das Wort redeten, angenommen.

Dem Kraftwerk Böhrenbach. Kürzlich fand durch den Gemeinderat Schwenningen a. N. eine Beschäftigung des Kraftwerkes Böhrenbach statt. Anschließend war zwischen dem Gemeinderat der Stadt Schwenningen und Vertretern der Gemeinde eine Besprechung zwecks Überleitung des Wassers vom Kraftwerk nach Schwenningen. Ein bindender Beschluß wurde nicht gefaßt.

Der Bezirkswohnungsverband Billingen-Land beschloß, zum Bauprogramm 1928 für die Errichtung von 112 Wohnungen Paradielchen im Gesamtbetrag von 390 000 M. zu geben. Der Zinsfuß beträgt 4 Proz. Gegenüber dem Vorjahr ist ein bis jetzt unbedeutender Rückgang in der Zahl der vom Wohnungsverband unterstützten Bauvorhaben eingetreten, was auf die schwierigere Beschaffung der Baugelder zurückzuführen sein dürfte.

Gemeindebeamten tagung. Am letzten Samstag tagten in Offenburg die Gemeindebeamten des Kreises Offenburg unter dem Vorsitz von Bürgermeister Effler aus Niederorschheim, wozu auch die Vertreter der Gemeinden eingeladen waren. Verbandsdirektor Weiler von Karlsruhe äußerte sich über die Möglichkeit der Durchführung der neuen badischen Besoldungsordnung in den Landgemeinden. Hier herrsche bekanntlich noch vielfacher Widerstand, während in den Städten die Angelegenheit als überall geregelt gelte. Es wurde beschlossen, die Einführung der neuen Besoldungsordnung auch in den Landgemeinden des Kreises Offenburg mit aller Energie herbeizuführen.

Aus der Landeshauptstadt

50 Jahre Buchdrucker. Der Buchdrucker Hermann Kemmler konnte in voller körperlicher und geistiger Mäßigkeit das seltene Jubiläum der 50jährigen Ausübung des Buchdruckerberufs feiern. Der Jubilar ist seit 28 Jahren bereits im „Volkstempel“ tätig.

Koloniale Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe. Eine Erweiterung der deutschen Wirtschaftsbasis, die sich nur auf überfischten Böden ermöglichen läßt, wird mit Recht als Vorbedingung für Deutschlands Gesundung bezeichnet. Die kolonialen Bezirke verlangen deshalb auch Deutschlands Wiedereintritt unter die kolonisierenden Nationen. Die erneute Aufnahme unserer Tätigkeit in unseren früheren Kolonien werde im besonderen Maß dazu beitragen, die deutsche Wirtschaftskrisis zu lindern. Es wird deshalb als notwendig bezeichnet, Aufklärung über den Wert und die Bedeutung unserer ehemaligen Schutzgebiete zu schaffen. Am Donnerstag, den 26. April, abends 8 Uhr, spricht im Konzerthaus Hofrat Boelter, der unsere afrikanischen Kolonien aus eigener Anschauung kennt, über „Die wirtschaftliche Bedeutung der früheren deutschen Kolonien“. Seine Ausführungen werden ergänzt durch den Film: Die deutsche Kolonisation am Kamerunberg. Der Film ist erst im Jahre 1927 mit Unterstützung der Westafrikanischen Pflanzungs-Gesellschaft „Victoria“ aufgenommen worden und gibt ein anschauliches Bild der Arbeit der Deutschen im Pflanzungsgebiet von Kamerunberg. Eintrittskarten sind erhältlich in der Musikalienhandlung Fritz Müller Kaiser, Ede Waldstraße.

Zum Vortrag von Rafael Schermann mit Lichtbildern „Die Handchrift als Rosignol“. Die Bedeutung des einzigartigen Phänomens Schermann ist anerkannt. Im Berliner „Tag“ wurde kürzlich an Schermanns erstes Auftreten erinnert. „Es war im Frühjahr 1916 in Prag. Am Nachmittag war die Schauspielerin Helene Ries, die aus Angst, das Gedächtnis zu verlieren, Selbstmord verübt hatte, begraben worden; für den Abend war in einer Privatgesellschaft das erste Auftreten eines graphologischen Phänomens angekündigt, eines Wiener Versicherungsbeamten, der imstande sein sollte, Schicksal, Zukunft, die geheimsten Gedanken aus der Handchrift lesen zu können. Jemand hatte einen harmlosen Brief der am Nachmittag begrabenen Schauspielerin in der Tasche, entfernte die Unterschrift und alle charakteristischen Stellen, so daß nur ein nichtsagender Inhalt übrig blieb, und um die Prüfung ganz unversehrlich zu gestalten, überreichte ein harmloser Objektiver — der damalige Polizeipräsident von Prag! — Schermann diese Zettel und ersuchte, ihm zu sagen, was er aus der Schrift des Abenders lesen könne. Und Schermann begann seine Analyse: „Diese Frau trägt sich mit Selbstmordgedanken. Sie hat sich aus ihrem Familienkreis entfernt und einem Beruf gewidmet, dem ihre Nerven nicht gemessen sind. Außerdem plagt sie Furcht vor Krankheit, sie hat Angst, ihr Gedächtnis zu verlieren. Sie ist todunglücklich, trägt elegante Kleider, wertvollen Schmud. Ich würde ihr raten, aus ihrem gegenwärtigen Willen zu fliehen, ein neues Leben zu beginnen, denn sonst wird sie tragisch enden.“ Die Steptiler, die dieser Szene beizuhören, waren verblüfft, denn Schermann hatte mit wenigen Worten die ganze Lebensstragif Helene Ries' erzählt.“

Wundstarrkrampf. Ein 15 Jahre alter Küferlehrling aus Forchheim (Amt Ettlingen), der wegen einer Fußverletzung (er war in einen Nagel getreten) ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, ist gestern abend an Wundstarrkrampf gestorben.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwart Karlsruhe. In Mitteleuropa herrscht unter der Einwirkung hohen Druckes jetzt allgemein wolkenloses Wetter mit zunehmender Tageswärme. In der Nacht sind infolge starker Wärmestrahlung in der badischen Rheinebene die Temperaturen tiefer gesunken als in einzelnen Gebirgslagen. Der Kern des hohen Druckes ist bereits weiter nordwärts gewandert. Dagegen haben über Frankreich tiefe Ausläufer des atlantischen Luftwirbels an Raum gewonnen, sodas bei uns die Nordostströmung anhält. Gegenüber den westlichen Strömungen leidet der hohe Druck zunächst noch wirksamem Widerstand. Wetterausichten für Donnerstag: Noch weiterhin heiter, zunehmende Erwärmung.

Katholischer Organisationskurs. In den Tagen vom 16. bis 20. April fand in Karlsruhe ein Fortbildungskurs für katholische Organisten statt, wozu die Stadtverwaltung die Räume und die Lehrkräfte des Badischen Konservatoriums wie auch die Festhalle zur Verfügung gestellt hatte. Die Lehrwoche stand unter Leitung des auf dem Gebiete der Orgelkunst und kirchlichen Musik weit bekannten Direktors des Konservatoriums, Franz Philipp. An dem Kurse, der im Auftrage des Erzbischoflichen Ordinariats von Domkapitular Wfr. Dr. Gröber, Freiburg i. Br., eröffnet und geschlossen wurde, beteiligten sich rund 200 Organisten und Chorleiter aus der ganzen Erzdiözese. Damit waren auch größere kirchenmusikalische Aufführungen in Karlsruhe und Baden-Baden verbunden.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 24. April. Nach 24stündiger Urteilsberatung wurde am Dienstagabend 1/10 Uhr gegen den des Todes angeklagten 27jährigen Friedrich Reimer wegen Totschlags auf eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren, abzüglich 6 Monaten Untersuchungshaft, und 10 Jahre Ehrverlust erlassen.

W. Mannheim, 24. April. Heute Mittag hat sich der Direktor der hiesigen Gewerbebank, Reimer, ertränkt. Er war in der Angelegenheit des Mannheimer Banktrahns mehrfach vernommen, aber nicht verhaftet worden.

W. Heidelberg, 25. April. Heute vormittag um 10 Uhr mußte unmittelbar unter dem Stütz „Neuburg“ auf einem schmalen Ackerstreifen ein aus Mannheim gekommener Doppeldecker mit zwei Personen wegen Motordefekts eine Notlandung vornehmen. Trotz des schwierigen Geländebauverhältnisses erfolgte die Landung glatt. Es erscheint fraglich, ob es nach Ausbesserung des Schadens möglich sein wird, an dieser Stelle wieder aufzusteigen.

W. Schweigen, 25. April. Die bekannten Schweiger Spargelmärkte beginnen am Mittwoch, den 25. April. Die Märkte finden täglich, jeweils nachmittags 1/2 Uhr beginnend, an Sonntagen 5 Uhr, statt. Da die Temperaturen während der letzten Tage wesentlich gestiegen sind, dürfte schon mit größeren Anfahren zu den ersten Märkten zu rechnen sein. Man rechnet für erste Sorte mit einem Preis von zirka 1 RM.

W. Baden-Öst, 23. April. In Öst stieß am Samstag ein von Singheim kommendes, mit den beiden Brüdern Reinschmidt aus Sodenheim besetztes Motorrad bei der Straßenkreuzung Singheimer-Badener Straße auf ein anfahrenes Auto, und zwar so unglücklich auf, daß der eine der beiden Fahrer, der verheiratete 27jährige Johann Reinschmidt, sofort getötet wurde. Der jüngere Bruder, der 27jährige Gustav Reinschmidt, erlitt leichtere Verletzungen.

Neustadt i. Schw., 22. April. Bei der kürzlich hier abgehaltenen Besprechung der Verkehrsgemeinschaft Hochschwarzwald wurde dem Wunsch nach der Einstellung eines Speisezuges in die Gänge Freiburg—München, die dringende Forderung der Einstellung eines direkten Wagens Freiburg—München und umgekehrt entgegengehalten. Weiter will die Verkehrsgemeinschaft wegen verschiedener Autolinien im Hochschwarzwald mit entsprechenden Anträgen bei der Reichspostverwaltung vorgehen.

W. Singen a. S., 24. April. Der hier vor dem Kriege bei den „Singer Nachrichten“ tätig gewesene Redakteur Konan konnte in Bruchsal als Schriftleiter des „Bruchsaler Tageblatts“ sein 60jähriges Pressejubiläum feiern.

Verschiedenes

Wettfahrt eines deutschen und eines finnischen Biermeisters
W. London, 25. April. (Tel.) Der deutsche Biermeister „Herzogin Gärtle“ ist gestern abend nach 66tägiger Fahrt von Port Lincoln (Australien) in Falmouth eingetroffen. Der Kapitän Deelug hatte, den hiesigen Witterungen zufolge, eine Herausforderung des finnischen Biermeisters „Beatrice“, der gleichzeitig in See ging, zu einer Wettfahrt angenommen. Er hat das Ziel vor dem finnischen Schiff erreicht.

Der Gemälsdiebstahl auf der Rabolzburg.

W. Berlin, 25. April. (Tel.) Im Februar war aus der Kapelle der Rabolzburg bei Nürnberg ein Grüneibald oder Cranach zugeschriebenes Gemälde auf Veranlassung des Berliner Kunsthändlers Rippmann, des Münchener Kunsthändlers Meyer und eines Kunsthändlers und Kenners, Armin Schmidt, durch zwei gemerksmäßige Berliner Einbrecher gestohlen worden. Die ersten beiden konnten bald nach der Tat festgenommen werden. Nunmehr ist auch Schmidt in Amsterdam festgenommen worden. Er hat bereits im Jahre 1925 einen Bilderschwindel ausgeführt und noch vor kurzem einen raffinierten Automobilbetrug verübt.

Eisstaunungen am Nigaischen Meerbusen

W. Niga, 24. April. (Tel.) Am Eingang des Nigaischen Meerbusens haben sich gewaltige Eiseisdecken gebildet, die vielfach eine Dicke von über 20 Fuß unter und 10 Fuß über dem Meeresspiegel haben. Zahlreiche Schiffe sind vom Eise eingeschlossen und müssen durch Eisebrecher befreit werden. Selbst die ältesten Seeleute entsinnen sich nicht derartiger Eisstaunungen zu einer so frühen Jahreszeit.

Überschwemmungskatastrophe in Amerika

Atlanta, 25. April. (Tel.) Infolge von Wolkenbrüchen sind viele Flüsse in West-Florida und Süd-Alabama über die Ufer getreten und haben zahlreiche Ortschaften abgeschnitten. Die Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Der Sachschaden wird auf Millionen Dollars geschätzt. Es werden vier Todesfälle gemeldet. Das Wasser steht im Geschäftsviertel von Brenton bis sechs Fuß hoch. Tausende von Einwohnern wurden aus ihren Häusern vertrieben.

Handel und Wirtschaft

Deutscher Devisennotierungen

	25. April		24. April	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.33	168.67	168.39	168.73
Kopenhagen 100 Kr.	112.04	112.26	112.05	112.27
Italien . . . 100 L.	22.015	22.055	22.025	22.065
London . . . 1 Pfd.	20.384	20.424	20.392	20.432
New York . . . 1 D.	4.1775	4.1855	4.1718	4.1860
Paris . . . 100 Fr.	16.435	16.475	16.44	16.48
Schweden . . . 100 Kr.	80.51	80.67	80.53	80.69
Wien 100 Schilling	58.78	58.90	58.785	59.05
Prag . . . 100 Kr.	12.378	12.398	12.373	12.399

Der Zusammenbruch der Mannheimer Gewerbebank

W. Mannheim, 25. April. Am Dienstag abend fand im großen Saal des Friedrichparkes die erste Gläubigerversammlung der in Schwierigkeit geratenen Mannheimer Gewerbebank statt. Die Versammlung, die von mehr als 1000 Gläubigern und Genossen besucht war, beschäftigte sich zunächst mit den Vorgängen, die zu dem Zusammenbruch geführt haben. Weiterhin sollte zu der Frage Stellung genommen werden, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Gesellschaft zu sanieren. Über die Vorgänge und über die in Vorschlag zu bringenden Maßnahmen zur Rettung der Bank referierte Handwerkskammerpräsident Eiermann, der mitteilte, daß die Liquidität der Mannheimer Bank die Finanzverhältnisse bei der Gewerbebank entscheidend beeinflusst habe. Mit der Wabischen

Beamtenbank in Karlsruhe seien Verhandlungen gepflogen worden, die Schuld an die Gewerbebank, die etwa 600 000 RM betrage, zu übernehmen. Diese Verhandlungen hätten sich aber leider zerschlagen. Nach den vorliegenden Vorschlägen soll die Sanierung der Gewerbebank nunmehr hergestellt durchgeführt werden, daß die Genossen 500 RM in Raten neu einzahlen. Weiter soll eine Großbank unter Führung des Verbandes der badischen Kreditgenossenschaften weitere Mittel bereitstellen. Kommt dieser Vergleichsvorschlag nicht zur Annahme, so ist der Konkurs unvermeidlich und jeder Genosse habe zirka 1000 RM Haftsumme zur Verfügung zu stellen. Diesem Vorschlag haben bereits 40 Hauptgläubiger zugestimmt. Da die Untersuchungen bei der Gewerbebank noch nicht abgeschlossen sind und der bisherige Revisor staatsanwaltlich einer Schweigepflicht unterliegt, ist es nach den Mitteilungen des Syndikus Eiermann im Augenblick noch nicht möglich, zur Frage der Haftung des Aufsichtsrates Stellung zu nehmen. Heute könne nur festgestellt werden, daß die Verwaltung der Bank unvorsichtige Kredite gewährt habe.

Die sich anschließende Diskussion brachte zum Ausdruck, daß die Verwaltung soweit nur irgend möglich haftbar gemacht werden müsse. Auch wurde der Vorschlag gemacht, bei der Stadt ein Darlehen zu beantragen, um die Ergänzung der Gewerbebank angeschlossenen Handwerker zu sichern. Die allgemeine Stimmung geht dahin, den Weg des Vergleiches einzuschlagen, um zu retten, was zu retten ist. Vor allen Dingen hofft man bei einer durchgreifenden Neuordnung der Verhältnisse, eine vollständige Gesundung des Unternehmens und damit eine Stärkung der Handwerkerexistenzen zu erreichen. Für Mittwoch ist seitens der Bank eine Gläubigerversammlung einberufen worden, die sich mit den gemachten Vorschlägen zur Sanierung der Bank zu beschäftigen haben wird.

Tonwarenindustrie Wiesloch N. O. in Wiesloch. Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 23. Mai d. J. anuberäumenden Generalversammlung bei reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 6 Proz. (3 Proz.) für die Stammaktien, und 6 Proz. (6 Proz.) für die Vorzugsaktien, vorzuschlagen.

Vorshubank Bahl e. G. m. b. H. Aufsichtsrat und Vorstand haben beschlossen, der demnächst einuberufenen ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. für das abgelaufene Geschäftsjahr vorzuschlagen.

Zusammenschluß in der Uhrenindustrie. Nach dem Vorgang der Schramberger Uhrenfabriken planen, wie das „Stuttg. Neue Tageblatt“ berichtet, die Uhrenfabriken in Schwemlingen, Kienzle und Th. G. Haller, einen Zusammenschluß unter freundlicher Haltung gegenüber den in Schramberg mit Schwemlingen fusionierten Gruppen. Es wird von den beiden genannten Fabriken durch den Zusammenschluß ein rationellerer Betrieb erwartet.

Abschluß der F. G. Farben-Industrie, A. G. Der Aufsichtsrat der F. G. Farben-Industrie A. G., Frankfurt/Main beschloß eine Dividende von 12 Proz. für 1927 gegen 10 Proz. im Vorjahre vorzuschlagen. Nach 74 741 809 RM (im Vorjahre 75 236 561 RM) Abschreibungen beläuft sich der Reingewinn auf 100 812 133 RM (im Vorjahre 68 718 255 RM). Auf neue Rechnung werden vorgetragen 4 426 777 RM (im Vorjahre 2 896 739 RM.)

Morgen Donnerstag

Eintracht 26. April, 8 Uhr

Lichtbilder-Vortrag

Rafael Schermann

„Die Handschrift als Notsignal“

Das graphologische Phänomen Rafael Schermann hat nun Wien verlassen und für immer seinen Wohnsitz in Berlin genommen. Durch seine ungläublichen Leistungen hat er bald die Stimmen der Skeptischen zum Verstummen gebracht, und niemand wagt es von ihm als Gaukler oder Scharlatan zu sprechen. Zu viele Beweise seiner Erfolge liegen vor, zu viele Gutachten von ersten wissenschaftlichen Autoritäten, und Professor Dr. Oskar Fischer, der berühmte Gehirnpathologe, stellt als Endergebnis seines Buches über Schermann fest, daß wir hier vor einem Genie der Graphologie stehen, und daß es niemals gelingen wird, restlos über die Art seiner Kunst und die Gesetze seiner Scherzgabe Aufklärung zu bekommen. In der Tat: die schierischen Erfolge Schermanns sind verblüffend. Sie sind so wenig mit unserem nüchternen Menschenverstand oder mit den tiefer schürfenden Mitteln der psychologischen Wissenschaft zu erklären, daß wir sie gläubig als gegebene Tatsachen hinnehmen müssen. Jeder Betrug oder Täuschung ist ausgeschlossen, da die Versuche immer wieder vor einwandfreien Zeugen von maßgebenden Persönlichkeiten vor sich gegangen sind. 514 (Breslauer Neueste Nachrichten vom 25. Nov. 1927)

Karten zu 5, 4, 3, 2 RM. bei Kurt Neufeldt Waldstr. 39, Tel. 2577

G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)

G. m. b. H.

KARLSRUHE

Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private

Kurze Lieferfristen Preise mäßig

Das Auswanderungswesen.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß die dem Herrn Friedrich Krauß in Firma Hermann Rehle, hier, am 19. Juni 1923, 12. November 1923, 20. August 1924, 29. Dezember 1926 und 10. September 1927 gemäß § 11 des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1897 über das Auswanderungswesen erteilte Erlaubnis, bei der Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Städten als Agent der Oceanic Steam Navigation Company White Star Line, Berlin, Société Anonyme de Navigation Belge Américaine Red Star Line, Berlin, International Mercantile Marine Company of New Jersey American Line in Berlin, Hugo-Stinnes-Linien in Hamburg, Canadian Pacific Railway Germany m. b. H. in Hamburg, Hamburg-Südamerika-Linie in Hamburg, 92 durch Vorbereitung und Abschluß von Beförderungsbeträgen gewerksmäßig mitzuwirken, erloschen ist. Etwasige Ansprüche aus der Geschäftsführung des genannten Auswanderungsagenten an die von ihm gestellten Kautionen sind binnen 6 Monaten beim Bezirksamt anzumelden und zu begründen. Nach einem Jahr wird die Rückgabe der Kautionen an Herrn Krauß gemäß § 31 der Verordnung des Bundesrats vom 14. März 1898 betr. Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auswandererunternehmer erfolgen. Karlsruhe, den 24. April 1928. O. 3 40 Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

6% Goldanleihe von 1927 der Hauptstadt Mannheim.

Die auf 1. August 1928 fällige I. Tilgungsrate obiger Anleihe im Betrag von 182 000 RM ist durch Ankauf beschafft worden; eine Auslosung findet demnach in diesem Jahre nicht statt. Mannheim, den 20. April 1928. Der Oberbürgermeister.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

Konkursverfahren.

N. 1. Bruchsal. Über das Vermögen der nicht eingetragenen Firma Gewerbestätte Bruchsal Joh. Gerhard Dnken in Bruchsal, wurde heute Mittags 12 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Strauß in Bruchsal. Konkursforderungen sind bis zum 10. Mai 1928 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubiger-ausschusses, zur Entschlie-ßung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am Samstag, den 19. Mai 1928, vorm. 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Bruchsal, II. Stock Zimmer Nr. 11. Der Gegenstand der Konkursmasse besteht oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 10. Mai 1928 anzuzeigen. Bruchsal, den 21. April 28. Geschäftsstelle des Amtsgerichts III.

Bekanntmachung.

Das Sparbuch Nr. 8091 unserer Kasse, lautend auf den Namen „Mathilde Drotz, Heiligenberg (Baden)“, ist abhanden gekommen. Wir fordern hiermit den etwaigen derzeitigen Inhaber fraglichen Sparbuchs bzw. denjenigen, der irgendwelche Rechte aus demselben glaubt geltend machen zu können, auf, innerhalb eines Monats von heute an seine Ansprüche unter Vorlage des Sparbuchs pp. bei uns einzu-reichen. Nach erfolglosem Umflus dieser Frist wird die Kraftlosklärung obigen Sparbuchs ausgesprochen werden. S. 521 Bezirks-Sparkasse Heiligenberg (Baden) Öffentliche Verbands-Sparkasse.



Badisches Landes-Theater

Donnerstag, 26. April 1928

Volkstheater 8

Das vierte Gebot

von Angenruber

In Szene gesetzt von Felix Baumbach

- | | |
|---------------|----------------|
| Gutierrez | Söder |
| Sydonie | Center |
| Hedwig | Vertram |
| Stolzenthaler | Brand |
| Scholarter | Herz |
| Barbara | Emath |
| Martin | Kloble |
| Josefa | Nademacher |
| Herrig | Frauentorfer |
| Dunter | Graf |
| Michel | Quaifer |
| Frey | Siegl |
| Schön | Schneider |
| Anna | Ziegler |
| Eduard | Leitgeb |
| Heller | Rehner |
| Weller | Höflich |
| Reiß | Möderl |
| Stöhl | Opmar |
| Kaischer | Reinath |
| Schreiber | Schellenberger |
| Mosinger | Gemmeder |
| Zoni | Dennig |
| Altvanger | Ruhne |
| Berger | Brüder |
| Minna | Silber |
| Stille | Wieschel |

Anfang 191/2, Ende geg. 22

I. Rang und I. Sperrst. 5 RM

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Jr., 27. April: Die verkaufte Brant. Sa., 28. April: Cyrano von Bergerac.

COLOSSEUM

Ab 16.-30. April Sensations-Gastspiel

Piletto

Rastelli II der unerreichte deutsche Meisterjongleur mit dem internat. Variet-Programm

Ab 16.-30. April Sensations-Gastspiel

Rastelli II der unerreichte deutsche Meisterjongleur mit dem internat. Variet-Programm

Ab 16.-30. April Sensations-Gastspiel

Rastelli II der unerreichte deutsche Meisterjongleur mit dem internat. Variet-Programm

Ab 16.-30. April Sensations-Gastspiel

Rastelli II der unerreichte deutsche Meisterjongleur mit dem internat. Variet-Programm

Ab 16.-30. April Sensations-Gastspiel

Rastelli II der unerreichte deutsche Meisterjongleur mit dem internat. Variet-Programm

Ab 16.-30. April Sensations-Gastspiel

Rastelli II der unerreichte deutsche Meisterjongleur mit dem internat. Variet-Programm

Ab 16.-30. April Sensations-Gastspiel

Rastelli II der unerreichte deutsche Meisterjongleur mit dem internat. Variet-Programm

Ab 16.-30. April Sensations-Gastspiel

Rastelli II der unerreichte deutsche Meisterjongleur mit dem internat. Variet-Programm

Ab 16.-30. April Sensations-Gastspiel

Rastelli II der unerreichte deutsche Meisterjongleur mit dem internat. Variet-Programm